



Jan Senkyr ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Malaysia.

## **POLITISCHES ERWACHEN IN MALAYSIA**

**REGIERUNGSBÜNDNIS GEHT TROTZ WAHLSIEG  
GESCHWÄCHT AUS DEN PARLAMENTSWAHLEN HERVOR**

*Jan Senkyr*

Die Parlamentswahlen am 5. Mai 2013 haben die Hoffnungen der Opposition und ihrer Anhänger auf einen Regierungswechsel und eine neue Politik in Malaysia nicht erfüllt. Das starke Engagement der Zivilgesellschaft, die hohe Wahlbeteiligung und die landesweiten Zugewinne für die Opposition sind aber ein klarer Beleg für ein politisches Erwachen der malaysischen Bevölkerung. Die seit der Unabhängigkeit des Landes ununterbrochen regierende Nationale Front musste erstmals ihre Abwahl befürchten und konnte den Wahlsieg mit deutlichen Verlusten nur knapp retten. Der Stimmenzuwachs für die Opposition ist ein Indiz dafür, dass zukünftig zwei starke politische Blöcke um die Macht in Malaysia ringen werden. Die multiethnische und multireligiöse malaysische Bevölkerung ist gespalten in Anhänger des aktuellen Status und diejenigen, die sich Veränderungen wünschen. Die Regierung steht vor der Herausforderung, die Gesellschaft zu versöhnen und einen nationalen Konsens für die weitere Entwicklung Malaysias zu finden.

### **AUSGANGSLAGE**

Die diesjährigen Parlamentswahlen wurden mit großer Aufmerksamkeit erwartet. Die Entwicklung in den letzten Jahren ließ darauf schließen, dass erstmals in der Geschichte Malaysias ein Regierungswechsel und somit eine machtpolitische Zäsur möglich sein könnte. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1957 regiert in Malaysia ein von der United Malays National Organisation (UMNO) angeführtes Parteienbündnis, das seit 1974 den Namen Barisan Nasional (Nationale

Front, BN) trägt.<sup>1</sup> Mit Ausnahme von 1969 erhielt die Barisan Nasional bislang bei Wahlen stets eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, was ihr die Möglichkeit zu Verfassungsänderungen gab. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im März 2008 erlitt die BN unerwartet hohe Stimmenverluste und büßte neben der Zweidrittelmehrheit im Parlament auch die Regierungsmehrheit in fünf von 13 Bundesstaaten ein. Beobachter sprachen von einem „politischen Tsunami“. Wahlanalysen zeigten, dass vor allem die Stimmen der ethnischen Minderheiten der Chinesen und Inder, die sich durch die pro-malaisische Politik der Regierung benachteiligt fühlen, zur Opposition abgewandert sind. Aber auch Uneinigkeit und zunehmende Unzufriedenheit in den Reihen der ethnischen Malaien, die als größte Volksgruppe die Wählerbasis der UMNO bilden, haben zum schlechten Ergebnis der Regierungskoalition beigetragen. Als Konsequenz für die Wahlschlappe musste der damalige Premierminister und BN-Vorsitzende Abdullah Badawi<sup>2</sup> zurücktreten und seine Ämter an seinen Stellvertreter Najib Razak<sup>3</sup> abgeben.

Najib, Sohn eines ehemaligen Premierministers<sup>4</sup> und prominenter UMNO-Politiker, war seit Regierungsantritt im April 2009 darum bemüht, sich als Reformierender und nationaler Versöhner zu profilieren und somit verlorene Wählerstimmen zurückzugewinnen. Mit dem 2010 eingeführten Konzept „1Malaysia“ sollten nationale Einheit und ethnische Harmonie in der Gesellschaft und eine effiziente Regierungsführung in den staatlichen Strukturen gefördert werden. Mittels einer Reihe von Regierungsprogrammen sollten Verbesserungen vor allem in sechs Schlüsselbereichen („National Key Result Areas“) herbeigeführt werden: Kriminalitätsprävention, Korruptionsbekämpfung, Verbesserung des Zugangs zur Bildung, Erhöhung des Lebensstandards für Menschen mit niedrigem Einkommen, Verbesserung der ländlichen Infrastruktur und des öffentlichen Transportwesens.

**Mit dem 2010 eingeführten Konzept „1Malaysia“ sollten nationale Einheit und ethnische Harmonie in der Gesellschaft und eine effiziente Regierungsführung in den staatlichen Strukturen gefördert werden.**

1 | Bis dahin nannte sich die Koalition „Alliance“.

2 | Voller Name: Dato' Seri Abdullah bin Haji Ahmad Badawi.

3 | Voller Name: Dato' Sri Haji Mohammad Najib bin Tun Haji Abdul Razak.

4 | Tun Abdul Razak, 1970-1976 zweiter Premierminister Malaysias.

Im wirtschaftlichen Bereich sollte das im September 2010 ausgerufene Economic Transformation Programme (ETP) die langfristige Zielsetzung Malaysias, bis 2020 den Status eines Hocheinkommenslandes<sup>5</sup> (*high income nation*) zu erreichen, weiter forciert werden. Als positiv wurden vor allem jene Gesetzesänderungen gesehen, mit denen Verbesserungen in wichtigen Bereichen wie innere Sicherheit (Security Offences Bill, Peacefull Assembly Act), Presse- und Meinungsfreiheit (Printing Presses and Publications Bill), Bildung (Private Higher Educational Institutions Bill, Universities and University Colleges Bill, Educational Institutions Bill) sowie Wahlrecht (Elections Offences Bill<sup>6</sup>) herbeigeführt werden sollten. Das kontroverse und vielfach kritisierte Sicherheitsverwahrungsgesetz Internal Security Act (ISA) wurde im März 2012 aufgehoben. ISA stammte noch aus den 1950er Jahren und folgte der Gesetzgebung der ehemaligen britischen Kolonialverwaltung. Ursprünglich darauf ausgelegt, kommunistische Aufständische präventiv und ohne juristische Verzögerungen aus dem Verkehr zu ziehen, wurde das Regelwerk später vor allem gegen Oppositionelle und Regierungskritiker eingesetzt. Ersetzt wurde ISA durch das Antiterrorgesetz Security Offences Bill und das Versammlungsrecht Peaceful Assembly Act.

**Persönlich ist Najib beliebt: Seine Zustimmungsrates in der Bevölkerung erreichte im Mai 2010 72 Prozent, sank aber danach wieder und lag seitdem zwischen 63 und 65 Prozent.**

Trotz der umfangreichen Reformprogramme ist es Najib jedoch nicht gelungen, die Popularitätswerte für seine UMNO-Partei und das Regierungsbündnis BN substantziell zu verbessern. Persönlich ist Najib zwar beliebt:

Seine Zustimmungsrates in der Bevölkerung erreichte im Mai 2010 72 Prozent, sank aber danach wieder und lag in den letzten Monaten zwischen 63 und 65 Prozent.<sup>7</sup> Die Unterstützung für sein Regierungsbündnis überschritt in diesem Zeitraum jedoch selten die 48-Prozent-Grenze. Viele der Reformvorhaben werden von Teilen der Bevölkerung als unzureichend oder als aufwendige Werbekampagnen

5 | Dieses Ziel wurde bereits vom langjährigen Premierminister Tun Mahathir bin Mohamad Anfang der 1990er Jahre ausgerufen und mit dem staatlichen Großprogramm „Vision 2020“ gefördert.

6 | Die Wahlgesetzänderung wurde im Mai 2012 von der Regierung zurückgezogen.

7 | Umfrage des Merdeka Center for Opinion Research (MCOR) vom 15.-28.12.2012, [http://merdeka.org/pages/04\\_inNews01.html](http://merdeka.org/pages/04_inNews01.html) [19.06.2013].

empfundene. Kritiker werfen der Regierung zudem Unfähigkeit, Korruption, Vetternwirtschaft und ethnische Diskriminierung vor.<sup>8</sup>

## **ERWARTUNG VON NEUWAHLEN**

Angesichts der zunächst relativ positiven Wahrnehmung von Najibs Reformpolitik in der Bevölkerung gingen politische Beobachter bereits Ende 2010 davon aus, dass der Premierminister frühzeitig vorgezogene Parlamentswahlen<sup>9</sup> ausrufen könnte, um sich einerseits ein Mandat des Volkes für seine Reformen zu verschaffen und andererseits seine Machtposition gegenüber konservativen Widersachern in der UMNO-Partei und der BN zu festigen. Erste Einschätzungen gingen davon aus, dass Neuwahlen bereits zum Zeitpunkt der Landeswahlen in Sarawak in April 2011 stattfinden könnten. Danach wurden immer wieder neue Gerüchte über angeblich bevorstehende Wahltermine in Umlauf gebracht, so dass sich die malaysische Politik in den letzten zwei Jahren in Erwartung von Neuwahlen und damit de facto in einem dauerhaften Wahlkampfmodus befand. Dies führte zu einer Stagnation in etlichen Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Ein vorrangiges Anliegen der Opposition und großer Teile der Zivilgesellschaft ist seit mehreren Jahren die Forderung nach einer Reform des malaysischen Wahlsystems. Ein Bündnis von Nichtregierungsorganisationen mit dem Namen Bersih<sup>10</sup> organisierte seit 2007 mehrere Großkundgebungen, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. An den Demonstrationen im Juli 2011 und April 2012 nahmen jeweils mehrere Zehntausend Menschen teil. Beide Kundgebungen wurden von der Polizei gewaltsam aufgelöst. Bersih stellt an die malaysische Wahlkommission acht Forderungen: Die Säuberung des Wahlregisters von „Phantomwählern“, eine Reform der Briefwahl, den Einsatz unlösbarer Tinte zur Fingermarkierung von Wählern, eine

8 | Siehe Rob O'Brien, „Malaysian elections: ‚There’s big corruption, a lot of state abuse‘“, *The Independent*, 03.05.2013, <http://independent.co.uk/news/world/asia/-8603381.html> [18.06.2013].

9 | Das in Malaysia geltende Mehrheitswahlrecht ermöglicht dem Premierminister, jederzeit innerhalb der fünfjährigen Legislaturperiode das Parlament aufzulösen und damit Neuwahlen zu erzwingen.

10 | Bersih ist das malaiische Wort für „sauber“.

Verlängerung der Wahlkampagne auf mindestens 21 Tage, einen freien und fairen Medienzugang für alle Parteien einschließlich der Opposition, die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Wahlkommission, die Verhinderung von Korruption und Stimmenkauf sowie die Verhinderung von Schmutzkampagnen. Im Oktober 2011 wurde auf Anordnung von Premier Najib ein Sonderausschuss zur Reform des Wahlsystems im malaysischen Parlament gegründet. Dieser erstellte nach sechs Monaten einen Bericht mit entsprechenden Empfehlungen und reichte diese an die Wahlkommission weiter.

Als Premierminister Najib am 3. April 2013 die Auflösung des Parlaments bekanntgab und damit den Weg für Neuwahlen ebnete, hatte dieser Schritt seinen Überraschungseffekt längst verloren. Da die reguläre Legislaturperiode am 28. April 2013 zu Ende gegangen wäre, hätten in spätestens 60 Tagen ohnehin Wahlen stattfinden müssen. Der 3. April hatte jedoch für Najib persönlich eine symbolische Bedeutung: Am 3. April vor vier Jahren wurde er zum Premierminister vereidigt.

## WAHLSYSTEM

**Innerhalb von 60 Tagen nach Auflösung des Parlaments müssen Neuwahlen stattfinden, den Termin legt eine siebenköpfige unabhängige Wahlkommission fest.**

In Malaysia gilt laut Verfassung ein Mehrheitswahlrecht entsprechend dem Westminster-Modell. Das nationale Parlament (Dewan Rakyat)<sup>11</sup> wird für eine fünfjährige Legis-

laturperiode gewählt, kann aber auf Vorschlag des Premierministers vom König<sup>12</sup> vorzeitig aufgelöst werden. Innerhalb von 60 Tagen nach Auflösung des Parlaments müssen Neuwahlen stattfinden, den Termin legt eine siebenköpfige unabhängige Wahlkommission fest. Neben dem nationalen Parlament werden auch die Parlamente von 13 Bundesstaaten für eine fünfjährige Amtszeit gewählt. Die Auflösung der Landesparlamente erfolgt auf Vorschlag

11 | Neben dem Parlament gibt es den Senat (Dewan Negara), dessen Mitglieder teils von den Landesparlamenten gewählt und teils vom König ernannt werden.

12 | Der König – offizieller Titel „Yang di-Pertuan Agong“ – wird alle fünf Jahre aus den Reihen der Herrscher der neun Sultanate nach dem Rotationsprinzip ausgewählt. Seit dem 13.12.2011 ist Sultan Abdul Halim Mu'adzam Shah König von Malaysia.

des jeweiligen Ministerpräsidenten durch das Staatsoberhaupt.<sup>13</sup> Neuwahlen sind ebenfalls innerhalb von 60 Tagen nach der Parlamentsauflösung abzuhalten. Seit 2004 gilt eine Übereinkunft, wonach die Wahlen zum nationalen Parlament und zu den Landesparlamenten mit Ausnahme des Bundesstaates Sarawak<sup>14</sup> zeitgleich stattfinden.

Am 10. April 2013 gab die Wahlkommission als offiziellen Wahltermin den 5. Mai 2013 bekannt. Gleichzeitig legte sie den Nominierungstag für die Kandidaten für den 20. April fest. Von diesem Tag an begann die offizielle Wahlkampfzeit, die 15 Tage betrug. Obwohl dieser Zeitraum länger war als bei den meisten vorherigen Wahlen, wurde er als zu kurz und nachteilig für die Opposition kritisiert. Eine vorzeitige Stimmabgabe (z.B. für Polizei, Militär, medizinisches Personal) war am 30. April möglich. Wahlberechtigte Malaysier im Ausland konnten am 28. April durch Briefwahl in den Botschaften und Generalkonsulaten wählen.

Wahlberechtigt für die 13. nationalen Parlamentswahlen Malaysias waren etwa 13,3 Millionen Menschen.<sup>15</sup> Etwa 2,3 Millionen Wahlberechtigte wurden als Erstwähler klassifiziert. Wahlberechtigt sind malaysische Staatsbürger im Alter von mindestens 21 Jahren, die sich im Wahlregister haben eintragen lassen.

Für die 222 Sitze im nationalen Parlament und insgesamt 505 Sitze in den Landesparlamenten haben sich 31 zugelassene Parteien beworben. Die Regierungsmehrheit im nationalen Parlament beträgt mindestens 112 Sitze, in den Landesparlamenten variieren sie je nach Zahl der Gesamtsitze. Am Nominierungstag, dem 20. April, ließen sich 579 Kandidaten für das nationale Parlament aufstellen. Um die Landesparlamentssitze bewarben sich insgesamt 1.322 Kandidaten.

13 | In den neun Sultanaten durch den Sultan, in vier Bundesstaaten durch den Gouverneur.

14 | In Sarawak wird seit 1979 zu einem separaten Zeitpunkt gewählt, die nächsten Wahlen stehen 2016 an.

15 | In 2010 betrug die Gesamtbevölkerung Malaysias ca. 28,3 Millionen Menschen.

## PARTEIEN

Obwohl 31 Parteien zu den Wahlen zugelassen waren, traten diese in zwei großen Blöcken an: Dem Regierungsbündnis BN und der Oppositionskoalition Pakatan Rakyat (PR). Dies war ein Novum, da bei der letzten Volksabstimmung 2008 die Oppositionsparteien noch eigenständig kandidierten und sich erst nach den für sie unerwartet guten Wahlergebnissen zu einer Koalition zusammenschlossen.

**Die malaiische Identität wird laut Verfassung untrennbar mit der islamischen Religion verbunden. Insofern kann UMNO als national konservative islamische Partei beschrieben werden.**

Die Barisan Nasional ist ein Bündnis von derzeit 13 Parteien. Stärkste Kraft ist die United Malay National Organisation (UMNO), die mit drei Millionen Mitgliedern die größte Partei Malaysias ist. Sie vertritt die Interessen der ethnischen Malaien, die mit 51 Prozent der Gesamtbevölkerung die größte ethnische Gruppe Malaysias bilden. Die malaiische Identität wird laut Verfassung untrennbar mit der islamischen Religion verbunden. Insofern kann UMNO als national konservative islamische Partei beschrieben werden. Sie setzt sich für die malaiischen Vorrechte,<sup>16</sup> für islamische Werte und eine wirtschaftsliberale Politik ein. Zwei weitere wichtige Bündnisparteien sind die Malaysian Chinese Association (MCA) und der Malaysian Indian Congress (MIC), die jeweils die Interessen der ethnischen Chinesen (25 Prozent der Gesamtbevölkerung) und Indier (sieben Prozent) vertreten. Ferner gehören zur BN die zwei kleineren Parteien GERAKAN und PPP sowie vier Parteien (PBB, SUPP, SPDP, PRS) in Sarawak und vier Parteien (UPKO, PBS, PBRS, LDP) in Sabah auf Borneo. Während UMNO, MCA, MIC, GERAKAN und PPP nur auf der malaiischen Halbinsel vertreten sind, beschränken sich die restlichen Parteien auf die Staaten Sarawak und Sabah. Die BN trat mit einer gemeinsamen Kandidatenliste und einem eigenen Wahlprogramm sowie dem BN-Logo an. Vorsitzender von BN ist der UMNO-Parteichef und Premierminister Najib Razak.

16 | UMNO ist für die Einführung der „Bumiputra-Politik“ verantwortlich, die der malaiischen Volksgruppe in Wirtschaft und Politik Vorteile verschafft. Mit der Einführung dieser Privilegien im Rahmen der „New Economic Policy“ 1971 sollten die in vielen Bereichen unterlegenen Malaien gefördert werden, um ethnische Spannungen mit den überlegenen Chinesen und Indern zu vermeiden.



Unterstützer der Oppositionskoalition Pakatan Rakyat im Petaling Jaya-Stadion: Das Bündnis trat zu den Wahlen als lose Allianz dreier Parteien an. | Quelle: Hitori Bocchi, flickr (CC BY).

Das Oppositionsbündnis Pakatan Rakyat besteht aus drei Parteien: Der Parti Keadilan Rakyat (People's Justice Party, PKR), der Democratic Action Party (DAP) und der Parti Islam Se-Malaysia (PAS). Prominentester Politiker und informeller Anführer der PR ist Anwar Ibrahim.<sup>17</sup> Anwar war in den 1990er Jahren Finanzminister und Vizepremier und galt als politischer Ziehsohn des langjährigen Premierministers und UMNO-Vorsitzenden Mahathir Mohamad.<sup>18</sup> 1998 kam es zwischen beiden zu einem Zerwürfnis und Anwar wurde aus allen Ämtern entlassen. Ein Jahr später wurde Anwar wegen Korruption angeklagt und zu sechs Jahren Haft verurteilt. Kurze Zeit später kam eine weitere Gefängnisstrafe von neun Jahren wegen angeblicher Homosexualität<sup>19</sup> hinzu. Im Jahr 2004 hob das Bundesgericht dieses Urteil wieder auf und Anwar Ibrahim wurde aus der Haft entlassen. Im April 2008 wurde er in einer Nachwahl<sup>20</sup> zum Parlamentsabgeordneten für die PKR gewählt. Anhänger von Anwar Ibrahim gründeten 1999 die Reformasi-Bewegung, aus der die Parti Keadilan Nasional entstand. Sie fusionierte 2003 mit der Malaysian People's

17 | Voller Name: Dato' Seri Anwar bin Ibrahim.

18 | Voller Name: Tun Dr. Mahathir bin Mohamad.

19 | Homosexuelle Praxis ist in Malaysia strafbar.

20 | Wegen eines zehnjährigen Politikverbots, das erst am 14.04.2008 endete, konnte Anwar Ibrahim am regulären Wahltermin am 08.03.2008 nicht teilnehmen. Nachdem seine Frau Wan Azizah auf ihr Mandat verzichtete, wurde Anwar am 29.04.2008 als Nachfolger ins Parlament gewählt.



Party und nannte sich in Parti Keadilan Rakyat (PKR) um. Sie vertritt sozialliberale Werte, Vorsitzende ist Anwars Ehefrau Wan Azizah Wan Ismail.

Die Democratic Action Party (DAP) wurde 1965 gegründet und ist Mitglied der Sozialistischen Internationale. Sie vertritt eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik und steht für säkulare Werte. Ihre Wählerschaft kommt überwiegend aus dem Milieu urbaner ethnischer Chinesen. Vorsitzender ist Karpal Singh.

Die Parti Islam Se-Malaysia (PAS) wurde 1955 als islamistische Partei gegründet. Zwischen 1973 und 1978 war sie Mitglied der Barisan Nasional (BN), ging dann aber auf Distanz zur UMNO. 1990 gewann sie als erste Oppositionspartei die Wahlen in einem Bundesstaat (Kelantan), wo sie seitdem ununterbrochen regiert. PAS vertritt islamische Werte, sie fordert die Einführung der Scharia einschließlich der *Hudud*.<sup>21</sup> Nachdem sie bei den Wahlen 2004 schwere Stimmenverluste hinnehmen musste, schwenkte die PAS auf einen moderaten islamischen Politikkurs um. Präsident von PAS ist Abdul Hadi Awang.

Das Oppositionsbündnis PR ging zu den Wahlen 2013 als eine lose Allianz. Die drei Parteien traten mit ihren eigenen Partei-Logos und einem gemeinsamen Wahlmanifest an, in einigen Wahlkreisen kandidierten sie auch gegeneinander. Die Wahlstrategie wurde jedoch eng koordiniert, in vielen Wahlkreisen war man bemüht, eine Doppel- oder Dreifachkandidatur zu vermeiden.

## **DER WAHLKAMPF**

Beide politischen Lager hatten bereits frühzeitig ihre Wahlprogramme vorgestellt: Das Oppositionsbündnis PKR begann am 25. Februar, die Regierungskoalition BN folgte am 6. April. Überraschenderweise waren sich beide Programme in ihren Inhalten ziemlich ähnlich, in manchen Punkten gab es sogar Übereinstimmungen. So versprachen beide Seiten die wegen Steuern und Zöllen hohen Pkw-Preise zu senken, das Polizeipersonal zur Kriminalitätsbekämpfung aufzu-

21 | Die im islamischen Strafrecht vorgesehenen Strafen, theoretisch können auch Methoden wie Steinigung, Auspeitschen oder Amputation der Glieder angewandt werden.

stocken, eine Transitautobahn durch die Staaten Sarawak und Sabah zu bauen und die Konsumpreise in diesen beiden Staaten auf das Niveau der Preise auf dem malaiischen Festland herabzusetzen. Die frappierende Ähnlichkeit der Wahlversprechen hatte die PKR dazu veranlasst, das Regierungslager des Plagiats zu bezichtigen. Die BN wiederum argumentierte, die meisten Punkte wären bereits in den laufenden Reformprogrammen der Najib-Regierung enthalten gewesen und deshalb in das Wahlprogramm übernommen worden.

Die fünfzehntägige Wahlkampagne war intensiv und bisweilen sehr konfrontativ. Beide politischen Lager waren dank des lang erwarteten Wahltermins auf den Wahlkampf gut vorbereitet. Bei der Auswahl und Nominierung der Kandidaten wurde nach Bewerbern mit den jeweils besten Erfolgschancen gesucht. Beide Parteienbündnisse riefen ihre Mitglieder zu Geschlossenheit und Disziplin auf, um möglichst wenige Stimmen aufgrund interner Rivalitäten oder Sabotage zu verlieren. In der Vergangenheit kam es immer wieder dazu, dass enttäuschte Anwärter auf einen Listenplatz bei den Wahlen als unabhängige Kandidaten gegen die eigene Partei antraten. Dies hatte die BN bei den Wahlen 2008 wertvolle Stimmen gekostet. Sowohl die BN als auch die PR haben deshalb ange droht, etwaige Abtrünnige, die als Unabhängige antreten, sofort aus der Partei auszuschließen.

**Enttäuschte Anwärter auf einen Listenplatz traten immer wieder als unabhängige Kandidaten gegen die eigene Partei an. Dies hatte die BN bei den Wahlen 2008 wertvolle Stimmen gekostet.**

Einige Tage vor dem Nominierungstag der Kandidaten gab die für die Zulassung der politischen Parteien zuständige Registrierungsbehörde Registrar of Societies (ROS) bekannt, dass sie das Exekutivkomitee der DAP wegen Unregelmäßigkeiten beim letzten Parteikongress<sup>22</sup> nicht als legitim anerkenne. Dies hätte bedeutet, dass die DAP-Kandidaten nicht für ihre Partei antreten könnten, weil ihre Nominierungsschreiben vom Generalsekretär der DAP (den ROS nicht anerkennt) ausgestellt wurden. Daraufhin erklärten sich die beiden Bündnisparteien PKR und PAS bereit, die DAP-Kandidaten auf ihre Listen aufzunehmen. Im

22 | Beim Parteikongress der DAP im Dezember 2012 musste die Wahl des Zentralkomitees wegen technischer Fehler neu gezählt werden. Einige dabei zu kurz gekommene Bewerber reichten dann eine Beschwerde beim ROS ein.

letzten Moment lenkte jedoch die Behörde ein und teilte am 19. April der DAP schriftlich mit, keine Einwände gegen eine Kandidatur unter dem DAP-Logo zu haben. Der Vorgang war ein Imagegewinn für das Oppositionsbündnis, da es Solidarität und Zusammenhalt demonstrieren konnte.

**Die Opposition versprach einen neuen Politikstil, gute Regierungsführung, Transparenz und soziale Gerechtigkeit. Sie warf der Regierung Korruption, Vetternwirtschaft, Rassismus und Missmanagement vor.**

Im Wahlkampf gab sich das Regierungsbündnis BN erwartungsgemäß als Garant für wirtschaftlichen Aufschwung, Sicherheit und politische Stabilität und warnte die Wähler davor, mit einem Regierungswechsel die Zukunft ihres Landes aufs Spiel zu setzen. Die BN bezeichnete die Opposition als instabile Allianz von Parteien mit gegenläufigen Interessen und damit als regierungsunfähig. Sie warnte vor einem Verlust der malaiischen und der islamischen Identität des Landes im Falle eines PR-Sieges. Die Opposition wiederum versprach einen neuen Politikstil, gute Regierungsführung, Transparenz und soziale Gerechtigkeit. Sie warf der Regierung Korruption, Vetternwirtschaft, Rassismus und Missmanagement vor.

Die Wähler waren vor allem an den Themen Wirtschaft sowie soziale und innere Sicherheit interessiert. Eine Umfrage<sup>23</sup> vom Dezember 2012 listet jene Punkte auf, die als vorrangig gesehen werden: Kriminalitätsbekämpfung, Verbesserung des Wahlsystems, erschwingliche Wohnungen, Inflationsbekämpfung, Ausbau der Infrastruktur in ländlichen Gebieten, Umweltfragen. Obwohl es wenig zuverlässige öffentliche<sup>24</sup> Meinungsumfragen gab, ließ die Stimmung vor allem in den unabhängigen Medien und den sozialen Netzwerken darauf schließen, dass es am Wahltag ein Kopf-an-Kopf-Rennen geben würde. Eine Umfrage des Merdeka Center for Opinion Research<sup>25</sup> vom 3. Mai sah das Barisan Nasional und Pakatan Rakyat mit 41 zu 42 Prozent fast gleichauf. Die Veröffentlichung dieser Zahlen kurz vor der Wahl wurde von der Regierung heftig kritisiert. Die Opposition warnte indes vor möglichen Wahlmanipulationen und rief ihre Anhänger zur Wachsamkeit in den Wahllokalen auf.

23 | MCOR, Fn. 7.

24 | Regierung und Opposition haben natürlich ihre internen Umfragen erstellen lassen.

25 | MCOR, Fn. 7.

## DIE ERGEBNISSE

Laut amtlichem Endergebnis<sup>26</sup> ging die Barisan Nasional mit 133 von 222 Sitzen im Parlament als Sieger aus den Wahlen am 5. Mai 2013 hervor. Obwohl sie im Vergleich zu 2008 (140 Sitze) sieben Sitze einbüßte, verfügt sie immer noch über eine komfortable Regierungsmehrheit.<sup>27</sup> Pakatan Rakyat erhielt 89 Sitze im Parlament, ein Zugewinn von sieben Mandaten gegenüber 2008 (82 Sitze). Damit verbleibt sie in der Opposition. Es wurden keine Unabhängigen gewählt. Die Wahlbeteiligung war mit 84,8 Prozent die bisher höchste in der Geschichte Malaysias.



Mit den Symbolen des Regierungsbündnisses Barisan Nasional geschmückte Straßen: Die BN gewann 133 von 222 Sitzen im Parlament. | Quelle: Alan A. Lew, flickr (CC BY-NC-SA).

Innerhalb des Regierungsbündnisses BN hat die United Malays National Organisation (UMNO) mit einem Zugewinn von neun Sitzen (auf insgesamt 88 Sitze) ihre Führungsposition weiter stärken können. Größter Verlierer ist die Malaysian Chinese Association (MCA), die acht Sitze verlor und nur mit sieben Mandaten im Parlament vertreten sein wird. Sie kündigte noch am Wahlabend an, wegen des Wahldebakels kein Regierungsamt mehr übernehmen zu wollen. Die Stimmen der chinesischstämmigen Wähler sind offenbar zum Großteil an die Democratic Action Party (DAP) gegangen. Sie konnte zehn Sitze hinzugewinnen und

26 | Die Wahlergebnisse wurden am 22.05.2013 im Amtsblatt veröffentlicht. Bis zum 12.06.2013 konnte gegen die Ergebnisse Klage eingereicht werden.

27 | Für eine Regierungsmehrheit sind mindestens 112 Sitze erforderlich.

ist mit 38 Parlamentsmandaten stärkste Kraft im Oppositionsbündnis Pakatan Rakyat (PR). Die PKR erhielt 30 Sitze (ein Sitz weniger als 2008) und die PAS verfügt über 21 Mandate (minus zwei Sitze).

Tabelle 1

**Sitzverteilung im Nationalen Parlament**

	<b>Parlamentssitze 2013</b>	<b>Differenz zu 2008</b>
Regierungsbündnis Barisan Nasional (BN)	133	- 7
UMNO	88	+ 9
MCA	7	- 8
MIC	4	+ 1
Parteien in Sarawak und Sabah	33	
Oppositionsbündnis Pakatan Rakyat (PR)	89	+ 7
DAP	38	+ 10
PKR	30	- 1
PAS	21	- 2
Insgesamt	122	

In den Bundesstaaten hat die Barisan Nasional insgesamt 275 von 505 Sitzen erhalten, die Parteien der Pakatan Rakyat erhielten 229 Sitze, ein Sitz fiel der STAR-Partei in Sabah zu. Die BN stellt die Regierung in neun Bundesstaaten: Perlis, Kedah, Terengganu, Perak, Pahang, Negeri Sembilan, Melaka, Johor und Sabah. In Sarawak regiert sie bereits seit den letzten Wahlen im Jahr 2011. Die Koalition Pakatan Rakyat stellt die Regierung in drei Bundesstaaten: Kelantan, Penang und Selangor.

Das Regierungsbündnis BN konnte somit die Regierung in einem Staat – in Kedah – zurückgewinnen. In Perak, wo die BN 2008 zwar die Wahl verlor, aber nach dem Übertritt einiger Abgeordneter die Regierung doch noch stellen konnte, hat sie wieder eine Mehrheit der Sitze (31 von 59 Sitzen). Die Oppositionskoalition PR konnte die von ihr regierten drei Bundesstaaten Kelantan, Penang und Selangor nicht

nur erfolgreich verteidigen, sondern in allen drei Landesparlamenten eine Zweidrittelmehrheit erringen.

## DIE WAHLANALYSE

Es gibt keinen eigentlichen Sieger. Die regierende BN hat zwar ihren Machtanspruch erfolgreich verteidigt, musste aber schwere Verluste hinnehmen. Ihr erklärtes Ziel, die Zweidrittelmehrheit im nationalen Parlament zurückzugewinnen, hat sie weit verfehlt. Auch der Versuch, den strategisch wichtigen Bundesstaat Selangor zurückzuerobern, ist dramatisch gescheitert. Die PR konnte dort sogar eine Zweidrittelmehrheit erzielen. Selangor ist neben Penang (ebenfalls von der PR regiert) der reichste und produktivste Staat der malaysischen Föderation, dort liegt zudem der Wahlkreis von Premierminister Najib, der den Wahlkampf in Selangor persönlich geleitet hatte.

Als besonders heikel für die BN gilt die Tatsache, dass sie auf Bundesebene insgesamt nur 47,4 Prozent der Wählerstimmen erhielt, wogegen die Oppositionsparteien zusammen

**Dass die Barisan Nasional fast 60 Prozent der Parlamentssitze erhalten konnte, zeigt, wie disproportional und ungerecht der Zuschnitt der Wahlkreise ist.**

50,8 Prozent erzielen konnten. Die Regierung kann damit nicht mehr behaupten, die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu haben. Dass die BN trotzdem fast 60 Prozent der Parlamentssitze erhalten konnte, zeigt, wie disproportional und ungerecht der Zuschnitt der Wahlkreise ist. Der maximale Unterschied zwischen den für einen Parlamentssitz erforderlichen Wählerstimmen in einzelnen Wahlbezirken beträgt das Achtfache.<sup>28</sup>

Auch die Oppositionsallianz PR hat ihr Ziel, die Regierung zu übernehmen, trotz deutlicher Zugewinne klar verfehlt. Der für einen Wahlsieg erforderliche Stimmungswechsel bei der malaiischen Mehrheit scheint nicht ausreichend gewesen zu sein. Sowohl die PKR als auch die PAS-Partei, die beide mit ihren politischen Programmen malaiische Wähler ansprechen, haben Stimmen verloren. Der Machtverlust im Bundesstaat Kedah kam nicht überraschend, da es seit längerem Kritik an der mangelhaften Regierungsführung

28 | Zu den kleinsten Wahlbezirken zählen Igan (18.000 Wähler), Lubok Antu (19.000) und Putrajaya (28.000), zu den größten gehören Kapar (144.000 Wähler), Serdang (133.000), Gombak (123.000). Siehe Ramesh Rajaratnam, „Gross distortions in Malaysia's voting system“, *Malaysiakini*, 09.05.2013, <http://malaysiakini.com/news/229578> [04.06.2013].

der dortigen PAS-Partei gab. Erfreulich ist für die PR die Stärkung ihrer Position in den von ihr regierten Staaten Penang und Selangor. Diese belegt, dass die PR erfolgreich regieren kann und stabil ist. Kelantan ist seit über 20 Jahren eine Hochburg der PAS-Partei, insofern war zu erwarten, dass sie hier – trotz leichter Stimmverluste – weiter regieren wird. Als einen strategisch wichtigen Erfolg kann die PR verbuchen, dass es ihr gelungen ist, zusätzliche Sitze in einigen bislang als BN-Hochburgen geltenden Bundesstaaten zu erlangen. Hierzu gehört vor allem der heftig umkämpfte Staat Johor, der zudem für die UMNO-Partei als ihr Gründungsort eine hohe symbolische Bedeutung hat. In Johor hat die PR beachtliche 28 der insgesamt 56 Sitze erzielen können. 2008 waren es nur sechs Sitze. In Perak hat sie mit 28 Sitzen (von 59) die Mehrheit nur knapp verfehlt. Wichtig ist auch der Gewinn von elf Sitzen im ostmalaysischen Staat Sabah, wo bisher die BN mit 59 der 60 Sitze absolut dominierte. Die PR hat sich somit eine solide Basis für weitere Zugewinne in der Zukunft verschafft.

Der Ausgang der Wahlen zeigt, dass sich die malaysische Bevölkerung insgesamt in einem Stimmungswandel befindet. Vor allem die ethnischen Chinesen scheinen in hohem Maße ihre Stimme an die Opposition, allen voran die DAP, gegeben zu haben. Sie scheinen der BN nicht mehr zu vertrauen und fühlen sich durch die pro-malaysische Politik der Regierung benachteiligt.<sup>29</sup> Aber auch die malaysische Bevölkerung, die bisher treu zur UMNO hielt, verändert sich. Eine aufstrebende urbane Mittelschicht fordert soziale Reformen, wirtschaftliche Öffnung und Modernisierung. Die junge Generation möchte zudem mehr Freiheit und bessere Zukunftschancen.

Die Barisan Nasional war sich dieser Entwicklung bewusst und setzte im Wahlkampf alle ihr zur Verfügung stehenden Vorteile ein. Bereits Monate vor den Wahlen warb Najibs Regierung mit umfangreichen Förderprogrammen und Wahlgeschenken<sup>30</sup> um die Gunst der Wähler. Diese kamen

**Eine aufstrebende urbane Mittelschicht fordert soziale Reformen, wirtschaftliche Öffnung und Modernisierung. Die junge Generation möchte zudem mehr Freiheit und bessere Zukunftschancen.**

29 | Premier Najib sprach am Wahlabend enttäuscht von einem „chinesischen Tsunami“.

30 | Im Rahmen der Initiative BR1M wurden einmalig 500 malaysische Ringgit (ca. 125 Euro) an alle Haushalte mit einem Monatseinkommen unter 3.000 Ringgit (750 Euro) ausgehändigt.

vor allem in den ländlichen Gebieten gut an. Die Regierung konnte auf eine vorbehaltlos positive Berichterstattung der Presse und der wichtigsten Fernseh- und Radiosender bauen, die unter ihrem Einfluss stehen. Die Barisan Nasional verfügt zudem über beachtliche Ressourcen und einen erfahrenen Wahlkampfapparat. Die Opposition PR ist lediglich in den unabhängigen Medien im Internet und in den sozialen Netzwerken<sup>31</sup> stark vertreten. Dies nutzte ihr vor allem in den urbanen Zentren, die ländlichen Gebiete konnte sie nur schwer erreichen.

### VORWURF DES WAHLBETRUGS

Die Legitimität der Wahlergebnisse wird durch den Vorwurf des Wahlbetrugs in Frage gestellt. Schon vor den Wahlen machten Gerüchte über manipulierte Wählerlisten, Stimmenkauf und „illegale“ ausländische Wähler, die von der Regierung mit malaysischen Ausweisen ausgestattet und in kritische Wahlbezirke eingeflogen worden seien, die Runde. Bei der Wahl stellte sich heraus, dass die angeblich abwaschresistente Tinte, mit der die Finger der Wähler markiert werden sollten, relativ leicht entfernt werden kann. Oppositionsführer Anwar Ibrahim hat es abgelehnt, die Wahlergebnisse anzuerkennen, und fordert eine Untersuchung der Unregelmäßigkeiten. Pakatan Rakyat legte eine Liste mit 27 Wahlbezirken vor, in denen es Verdacht auf Wahlfälschung gibt. Diese Bezirke sollen neu ausgezählt werden. Zudem sollen der Vorsitzende der Wahlkommission und sein Stellvertreter, die als Handlanger der Regierung bezeichnet werden, zurücktreten. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, organisierte die Opposition in den ersten zwei Wochen nach den Wahlen insgesamt neun Großdemonstrationen, zu denen jeweils mehrere Tausend Menschen kamen.

**Schon vor den Wahlen machten Gerüchte über manipulierte Wählerlisten, Stimmenkauf und „illegale“ ausländische Wähler, die von der Regierung in kritische Wahlbezirke eingeflogen worden seien, die Runde.**

31 | Laut einem Bericht des Malaysian Insider gibt es in Malaysia 13,6 Millionen Facebook-Nutzer (48 Prozent der Bevölkerung). „Perception is BN’s Biggest Problem says Najib“, *The Malaysian Insider*, 03.06.2013, <http://themalaysianinsider.com/malaysia/article/perception-is-bns-biggest-problem-says-najib> [04.06.2013].



Die Barisan Nasional lehnt die Vorwürfe ab und fordert die PR auf, Beweise vorzulegen.<sup>32</sup> Die Demonstrationen wurden für illegal erklärt, die Polizei schritt jedoch bislang nicht ein. Gegen mehrere Oppositionspolitiker sind Ermittlungen wegen Volksverhetzung eingeleitet worden. Dennoch scheint der Druck der Öffentlichkeit Wirkung zu hinterlassen: Am 1. Juni kündigte Premierminister Najib die Einberufung eines gemischten Parlamentarierausschusses an, der die Arbeit der Wahlkommission zu überprüfen soll.



Najib Razak, hier als Gast des Weltwirtschaftsforums 2013 in Davos, wurde kurz nach Bekanntgabe der Endergebnisse am 6. Mai erneut als Premierminister vereidigt. | Quelle: Weltwirtschaftsforum (CC BY-NC-SA).

## AUSBLICK UND HERAUSFORDERUNGEN

Kurz nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse am 6. Mai wurde Najib erneut als Premierminister vereidigt. Am 15. Mai präsentierte er sein Kabinett, das nur wenige Neubesetzungen enthält. Sein Regierungsbündnis ist politisch geschwächt. Die Zeit der komfortablen Zweidrittelmehrheiten für die BN scheint endgültig vorbei. Die starke Abwanderung der chinesischen Wähler, aber auch die Stimmenverluste in den urbanen Zentren stellen die BN vor

32 | Zwei der akkreditierten Wahlbeobachter, die Forschungsinstitute IDEAS und CPPS, bezeichneten in ihrem Bericht vom 08.05.2013 die Wahlen als „frei, aber unfair“. Trotz Defizite sollten sie von allen Parteien anerkannt werden.

die Herausforderung, ihren pro-malaiischen Politikkurs zu überdenken und einen neuen nationalen Konsens ohne ethnische Diskriminierung anzustreben. Dafür müsste sich aber vor allem die UMNO reformieren. Ob sie dazu bereit ist, bleibt offen. Beim nächsten UMNO-Kongress noch in diesem Jahr muss sich Parteichef Najib Razak zur Wiederwahl stellen und gegen mögliche Kritiker aus dem traditionellen Flügel durchsetzen. Die 2009 geänderten Parteistatuten der UMNO sehen vor, dass der Parteivorstand direkt von der Mitgliederbasis gewählt wird. Sollte Najib im Amt bestätigt werden, hätte er ein starkes Mandat für seine Reformpolitik.

Eine entschlossene und konsequente Fortsetzung der Reformen wird nötig sein, um die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen der nächsten Jahre erfolgreich zu meistern. Dabei ist es wichtig, die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden und einen nationalen Konsens über die weitere Entwicklung des Landes zu finden. Dies ist in einem multiethnischen, multikulturellen und multireligiösen Land wie Malaysia nicht einfach. Letztlich kann dies nur gelingen, wenn sowohl Regierung als auch Opposition aufeinander zugehen. Zwar sind die politischen Gräben weiterhin tief, aber auf beiden Seiten gibt es moderate und aufgeschlossene Politiker vor allem der jüngeren Generation, die zu einem Dialog bereit sein könnten.

Malaysia hat in den letzten Jahren eine rasante wirtschaftliche Entwicklung erfahren. Die makroökonomischen Daten sind solide: Wachstumsraten von durchschnittlich fünf Prozent,<sup>33</sup> eine relativ niedrige Inflation (2011: 3,1 Prozent), eine moderate Staatsverschuldung (53 Prozent des BIP) und eine mäßiges Haushaltsdefizit von vier Prozent.<sup>34</sup> Dennoch fällt Malaysia bei den wichtigsten Wirtschaftsindikatoren im Vergleich zu den so genannten Tigerstaaten Singapur, Taiwan und Südkorea zurück. Um bis 2020 den angestrebten Status eines entwickelten Hocheinkommenslandes zu erreichen, müsste das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren kontinuierlich gesteigert werden. Neben dem Einkommensniveau sind aber noch andere

33 | Siehe Weltbank, „Malaysia“, <http://worldbank.org/en/country/malaysia> [18.06.2013].

34 | Siehe auch The Heritage Foundation, „2013 Index of Economic Freedom: Malaysia“, <http://heritage.org/index/country/malaysia> [18.06.2013].

Faktoren wichtig: Ein modernes und allgemein zugängliches Bildungssystem, ein effizientes und erschwingliches Gesundheitswesen, hohe Umweltstandards, eine leistungsstarke und moderne Infrastruktur, entwickelte Verkehrs- und Kommunikationsnetze. Und nicht zuletzt müssten demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien in der Gesetzgebung erweitert und gestärkt werden. In seiner ersten Amtszeit hatte sich Premierminister Najib als reformfreundlicher Regierungschef Malaysias profiliert. Er hat nun die Chance, bis zum nächsten Wahlgang dieses Profil mit greifbaren Ergebnissen zu untermauern.

Für die Opposition wird es wichtig sein, ihren Zusammenhalt zu bewahren und sich mittelfristig in ein stabiles und inhaltlich kompatibles Parteienbündnis zu transformieren. Angesichts der politischen Unterschiede zwischen der chinesisch geprägten säkularen DAP und der islamischen PAS-Partei wird dies kein einfaches Unterfangen sein. Aber als ein Bündnis, das über ethnische und religiöse Trennlinien hinaus politische Konzepte und Lösungen anbietet, kann sich die PR den Wählern als bessere Alternative für das Regierungsamt präsentieren.

Der Artikel wurde am 4. Juni 2013 abgeschlossen.